

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Postgebühren). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 0,80 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Nicht in Kraft getreten.

Die an der Spitze unserer Nummer 43 veröffentlichte Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe sollte nach der zwischen den Parteivertretern getroffenen Abrede am 20. Oktober in Kraft treten. Bis dahin sollte die ordnungsmäßige Zustimmung der beteiligten Organisationen eingeholt werden. Daß sich dabei irgendwelche Schwierigkeiten ergeben könnten, stand nach dem Verlauf der Verhandlungen in Hannover nicht zu befürchten. Wir haben deshalb unbedenklich die Vereinbarung veröffentlicht. Allein es ist anders gekommen, und zwar infolge von Schiebungen im Unternehmerlager. Nachstehendes Schreiben verrät, wie geschoben worden ist:

Berlin, den 20. Oktober 1924.

An den Deutschen Bauergewerksbund, Hamburg 26, Wallstraße 1.

An den Zentralverband der Zimmerer, Hamburg, Besenbinderhof 57.

An den Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands, Berlin Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3.

An den Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Berlin SO 33, Staliperstraße 47/48.

Die unterzeichneten Bauarbeiterspitzenverbände teilen Ihnen hierdurch mit, daß sie der mit Ihnen am 9. Oktober in Hannover entworfenen Vereinbarung über die Betriebsvertretung der Arbeiter im Baugewerbe unter der Bedingung zustimmen, daß die Ziffer 12 der Vereinbarung fortfällt. Es besteht nämlich bereits seit 15. August dieses Jahres eine bezügliche Vereinbarung in Bayern, betreffend die Betriebsvertretung, in welcher die bisherige Ziffer 11 des § 7 des abgelaufenen Reichstarifvertrages nicht mit aufgenommen worden ist. Um die Allgemeinverbindlichkeit unserer Vereinbarung für das ganze Reich beantragen zu können, ist es erforderlich, daß keine wesentliche Abweichung mit bereits getätigten Abkommen bei unserer Vereinbarung besteht.

Wir bitten Sie, sich hierzu zu äußern und uns mitzuteilen, ob Sie im übrigen gleichfalls der Vereinbarung Ihre Zustimmung gegeben haben.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen:

Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes, E. B. gez. J. A.: Schüb.

Beton- und Tiefbauarbeitgeberverband für Deutschland, E. B. gez. J. A.: Stroug.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, E. B. gez. i. B.: Dr. Grundmann.

Die beanstandete Ziffer 12 der Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Um die Pflichten aus dem Vorstehenden zu erfüllen, sind die Vertreter der vertragschließenden Arbeiterorganisationen berechtigt, die Arbeitsstelle im Benehmen mit den Vertretern des Arbeitgebers, und zwar möglichst während der Pausen, zu betreten. Der Arbeitgeber haftet nicht für Unfälle, die dem Betreffenden auf der Baustelle zustößen.

Die Arbeiterverbände haben den Unternehmerorganisationen mitgeteilt, daß sie der Vereinbarung nur zustimmen können, wenn Ziffer 12 bestehen bleibt, im anderen Falle müßten sie eine ablehnende Stellung einnehmen.

Die „Vereinbarung“ ist somit noch nicht in Kraft getreten; sie hängt einseitig in der Luft. Ob bei der vorstehend angebotenen Sachlage überhaupt damit zu rechnen ist, daß sie Gesetz wird, steht sehr in Frage.

Notwendigkeit und Bedeutung des neuen einheitlichen Arbeitsrechtes.

Nach dem Zusammenbruch der alten Mächte in Deutschland stieg als Rettung aus inneren und äußeren Gefahren die Weimarer Verfassung, die aus Deutschland einen sozialen republikanischen Volksstaat machen wollte, das heißt eine Volksgemeinschaft, die sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Volksgenossen vollkommen frei und unabhängig selbst regiert, und bei deren Gesetzen die Verwaltungsmassnahmen das Wohl der Gesamtheit

oberste Richtschnur sein soll. Die wichtigste politische Aufgabe seitdem mußte darin bestehen, die neue Verfassung, die zunächst ja nur ein Stück Papier, eine leere Form, eine politische Möglichkeit war, ins wirkliche Leben überzuführen, sie mit Leben und Inhalt zu erfüllen, sie, mit einem Worte, zu verwirklichen. Das bedeutete ein Doppeltes: die Voraussetzungen schaffen, unter denen das Gesetz sich verleben lassen kann, und die Folgerungen aus dem Grundgesetz des deutschen Volkes ziehen.

Beides hängt auf das engste miteinander zusammen. Die neue Republik ist nicht lebensfähig, wenn sie nicht gestützt wird von Millionen von aufrichtigen Republikanern, die begreifen, daß Selbstverwaltung genau so eine geordnete Verwaltung sein muß wie die Obrigkeitsverwaltung des alten Staates; daß nur die Träger der Ordnung andere sind, nämlich nicht die Bürokratie, sondern die gesamte Bürgerschaft; daß nun der Grund der Unterordnung ein anderer ist, nämlich nicht Gehorsam der Angst, sondern freier Wille des Erkennenden; daß deswegen die Ausübung von Rechten sich gründen muß auf der Anerkennung und Erfüllung der Pflichten, die jeder gegenüber der Allgemeinheit hat; daß nur freiwillige Einordnung jedes einzelnen in die Gemeinschaft mit Hintanstellung eigener Privatinteressen hinter das Gemeinwohl dem Staate Bestand verleihen kann. Der Volksstaat stellt nicht geringere, sondern höhere Forderungen an Gesinnung und Betätigung aller einzelnen. Um das wirksam zu können, muß er dem Einzelnen auch bieten, was der alte Staat ihm nicht geben konnte und erst recht nicht geben wollte: Freiheit und Gleichberechtigung aller! Das bedingt die Notwendigkeit, die Grundzüge der Verfassung in alle Teile des gesellschaftlichen Lebens zu übertragen. Das freie Wahlrecht allein nützt wenig; rein politische Demokratie ist eine Schale ohne Kern. Der Gebante freier Selbstbestimmung und gleichen Rechts aller ist nur dann wirklich lebendig, nur dann tatsächliche Verfassung, wenn er das ganze Recht, das Wirtschaftsleben, den Gesellschaftsverkehr durchdringt.

Aus solchen Betrachtungen ergibt sich die große Bedeutung des einheitlichen sozialen Arbeitsrechtes, wie es Artikel 157 der Weimarer Verfassung verspricht, um die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches zu stellen. Dieses Arbeitsrecht soll die Gesamtheit der Rechtsbeziehungen regeln, die sich aus der Tatsache ergeben, daß ein Bürger nicht für sich selbst und seine Familie, sondern für einen anderen arbeitet; daß er sich mit seiner Person in den Dienst des anderen stellt, diesem die Verfügung über seine Arbeitskraft und damit über seine Lebenszeit einräumt. Dieses „Arbeitsverhältnis“ ist das weitest wichtige soziale Verhältnis im deutschen Volke. Schon vor dem Kriege waren rund 20 Millionen Deutsche als Arbeiter, Angestellte und Beamte in dieser Stellung; sie machten mit ihren Angehörigen zwei Drittel des ganzen Volkes aus. Heute ist das Verhältnis der Arbeitnehmer zum Gesamtvolke vielleicht noch ein höheres. Die große Mehrheit aller Volksgenossen gründet die Existenz auf einen Arbeitsvertrag, lebt vom Lohn im weitesten Sinne des Wortes — und würde die deutsche Republik weder verstehen, noch lieben, noch schützen können, wenn ihr Lebensverhältnis nicht unter die großen Rechtsgedanken der Verfassung gestellt würde.

Das ist um so notwendiger, als die Lebensverhältnisse an sich das gerade Gegenteil mit sich bringen müßten. Nirgends ist der Gedanke der Gleichberechtigung ferner als im Arbeitsverhältnis. Unser Recht beruht auf den Idealen, die durch die französische Revolution in Europa Geltung gewonnen haben: Freiheit aller einzelnen, Rechtsverkehr durch freien Vertrag zwischen Gleichberechtigten. Auf dieser Grundlage ruhte auch das frühere Arbeitsrecht (namentlich des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung). Aber die Gleichberechtigung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, die sich über die Arbeitsbedingungen einigen, war eine Nebenart, die in immer stärkerem Widerspruch zu den Tatsachen des Wirtschaftslebens geriet. Die Parteien des Arbeitsvertrages können nicht auf dem Boden der Gleichheit miteinander verkehren, und es ist entscheidend für das neue Arbeitsrecht, daß diese Tatsache endlich eingesehen wird. Es war ein nur aus den Kleinbürgerlichen Zuständen des 18. Jahrhunderts zu erklärender Irrtum, daß man den Arbeitsvertrag neben Kauf, Miete und andere Schuldverhältnisse stellte. Käufer und Verkäufer können als zwei Gleiche einen Vertrag über den Austausch von Gleichem, nämlich von Vermögenswerten, schließen. Aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließen nicht einen Vertrag über den Austausch von Lohn gegen Arbeitsleistung, sondern dieser Austausch ist nur eine Begleiterscheinung des viel umfassenderen Abkommens, durch das der eine sich mit seiner Person in den Dienst des anderen stellt. Auch wenn dieser andere eine Behörde oder gemeinnützige Gesellschaft ist, bleibt das Arbeitsverhältnis ein „Dienstverhältnis“. Zum mindesten im großen Betriebe, der dem Arbeitsrechte die sozialen Probleme stellt. Der Großbetrieb ist, wie der

Staat, ein gegliederter Organismus; er braucht nicht Leistungsverträge, sondern Verfügung über 100 Menschen; diese 100 Menschen ordnet er in ein Herrschaftsverhältnis ein. Und selbst wenn die Gesamtheit der Arbeitnehmer selbst die Verfügung über den Betrieb hätte, so würde das grundsätzlich nichts daran ändern, daß jeder einzelne sich in das wohlgegliederte, disziplinierte, organische Verhältnis einfügen müßte, wenn das Unternehmen überhaupt lebensfähig sein sollte.

Daraus ergibt sich, daß der Betrieb außerordentlich große Ähnlichkeit mit dem Staate hat; daß die wichtigste Aufgabe des Arbeitsrechtes sein muß, dem Wirtschaftsbetriebe eine Verfassung zu geben, und daß die Verfassung auf den gleichen Prinzipien fußen muß wie die Staatsverfassung. Nicht die Ordnung des Großbetriebes zerstören darf das neue Arbeitsrecht, indem es sie auflöst in eine Fülle von einzelnen Leistungsverträgen, sondern es muß diese Ordnung demokratisch und sozial gestalten.

Das bedingt aber eine ganz wesentliche Aenderung. Solange der einzelne Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber die Bedingungen der Arbeit vereinbart, kann keine wirkliche Gleichberechtigung bestehen. Erst wenn die Festsetzung der Arbeitsbedingungen vom einzelnen auf seinen Berufsverband, auf die Gewerkschaft übergeht, stehen sich gleiche, unabhängige Parteien gegenüber, und kann die bisher nur auf dem Papier stehende Gleichberechtigung Tatsache werden. Deswegen ist die gewerkschaftliche Organisation und Betätigung der Arbeiter und Angestellten die Hauptgrundlage ihres Arbeitsrechtes; ist die Koalitionsfreiheit das A und O aller Sozialpolitik, und ist die Regelung der Tarifverträge durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 der entscheidende Schritt zum neuen Arbeitsrecht gewesen.

Dieses ist kollektives Gewerkschaftsrecht. Das Zeitalter des Individualismus ist vorüber; wir stehen in einer Zeit allgemeiner sozialer Verbundenheit, aus der das Recht die Menschen nicht lösen könnte, auch wenn es wollte. Die Arbeitnehmer müssen diese Notwendigkeit einsehen und klar begreifen, daß sie die Abhängigkeit vom Unternehmer wie die Abhängigkeit von staatlicher Bürokratie nur dadurch loswerden können, daß sie sich in Abhängigkeit von den eigenen Berufsgenossen begeben. Wir haben nur die Wahl: Obrigkeitsstaat oder Republik; geordneter Staat muß sein. Unternehmerrdiktat, behördliche Festsetzung oder gewerkschaftliche Vereinbarung der Arbeitsbedingungen; ein anderes gibt es nicht. Und wer das begriffen hat, wird die ungeheure Bedeutung des endlich anerkannten Kollektiv- oder Sozialcharakters des Arbeitsrechtes sehen.

Denn erst die Uebertragung der Rechte und Aufgaben nicht an den einzelnen Arbeitnehmer, sondern an eine organisierte Gemeinschaft, in erster Linie an die Gewerkschaft (Tarifverträge), daneben an die Belegschaft des Betriebes (Betriebsrat, Arbeitsordnung) ermöglicht auch im Arbeitsrechte, die Selbstverwaltung an die Stelle der Bürokratie zu setzen. Das Reichsgesetz begnügt sich damit, Richtlinien und Mindestbedingungen aufzustellen; alles weitere überläßt es Organen der Selbstverwaltung. So die Schaffung von Rechtsnormen, bei denen die Tarifverträge schon weit wichtiger sind als die Staatsgesetze; so die Rechtsprechung in Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, künftigen Arbeitsgerichten; so die Verwaltung in den paritätischen Ausschüssen der Sozialversicherung, der Fürsorge, der Stellenvermittlung usw. Hier aber liegt die hohe Schule praktischer Demokratie. Hier lernen die Millionen der Arbeitnehmer Selbstverwaltung, gewinnen Einsicht in die Vorbedingungen eines auf freiem Willen aller Teilnehmer beruhenden Gemeinwesens; erhalten die soziale Gesinnung, ohne die keine Gemeinschaft auf die Dauer bestehen kann. Heinz Rothhoff.

Weltwirtschaftliche Rundschau.

Allgemeine Politik und Wirtschafts-politik spielen gegenwärtig bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine überwiegende Rolle. Die Auswirkungen des Londoner Abkommens für die Weltwirtschaft fangen jetzt an, sich fühlbar zu machen. Die 800 Millionenanleihe wurde in den Vereinigten Staaten und von europäischen Ländern gezeichnet, ja vielfach überzeichnet, und dadurch wurde eine Vorbedingung der Ausführung des Reparationsabkommens geschaffen. Ist aber der rasche Erfolg der Anleihe, — die beim gegenwärtigen niedrigen Zinsfuß in den Zeichnungsländern eine recht gute Kapitalanlage darstellt, — ein Vorzeichen dafür, daß Deutschland die ihm dringenden nötigen Betriebskapitalien vom Ausland ebenso sicher erhalten wird, wie jetzt die Dawesanleihe? Der Kapitalbedarf Deutschlands wird auf 15 bis 20 Milliarden Goldmark geschätzt. Wird das Ausland diese ungeheuren Summen hergeben? Auf der andern Seite stehen die ausländischen Industrieländer einem Wiedererwachen der deutschen Wirtschaft vielfach mit starkem Unlustgefühl gegenüber. Wenn zwar schließ-

lich durch Deutschlands wirtschaftlichen Wiederaufstieg die Lage der ganzen Weltwirtschaft gehoben wird, so leiden dennoch die Industrien einzelner Länder unter der deutschen Konkurrenz, beziehungsweise sind sie bemüht, die Gefahren an die Wand zu malen. Vorerst leiden England und Polen, zum Teil auch die Tschechoslowakei und Oesterreich noch immer unter der Aufhebung der Ruhrbesetzung; sie konnten das Abflauen der Ruhrkonjunktur, die ihnen die Ruhrbesetzung auf Kosten Deutschlands gebracht hatte, noch nicht überwinden. Auch andere politische Ereignisse werden die Wirtschaft stark beeinflussen. Der Ausgang der Wahlen in Deutschland wird über die künftige Wirtschaftspolitik, insbesondere auch darüber entscheiden, ob die Getreidezölle eingeführt, die Lebensmittel weiterhin verteuert werden. Die englischen Wahlen werden voraussichtlich das konservative Kabinett unter Führung Baldwin's ans Ruder bringen. Es steht zu erwarten, daß diese Partei auf Kosten der Liberalen die absolute Mehrheit der Mandate erhält, und so wird die Arbeiterpartei trotz ihrer zu erwartenden zunehmenden Erstarkung nicht wieder die Regierung bilden.

Baldwin führt diesmal den Wahlkampf im Gegensatz zu dem letzten nicht unter der Parole der Schutzzölle. Er bleibt jedoch Anhänger der Vorzugszölle für die Dominions und wünscht einen verstärkten Schutz der englischen Schlüsselindustrie. Mit der Behauptung, daß Englands „natürliche Märkte“ außerhalb Europa liegen, ist er der Vertreter der Abkehr der englischen Wirtschaft von Europa. — Die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten beeinflusst mehrfach das Wirtschaftsleben. Ihre Vorbereitung kennt die Entfaltung der Konjunktur, und von ihrem Ausgang hängt die Handelspolitik der Vereinigten Staaten — Coolidge ist bekanntlich für den Hochschutzzoll — und das Verhalten der Regierung in den Fragen der Landwirtschaft ab. Im Jahre der Präsidentenwahl hat man den Farmern, um ihre Stimmen zu erhalten, weitgehende Zugeständnisse gemacht, und es fragt sich, ob diese Politik nach den Wahlen beibehalten wird. — Vom Ausgang des chinesischen Bürgerkrieges hängt es ab, ob die Vereinigung Chinas unter eine Zentralgewalt möglich sein wird. Dies würde das Entstehen eines Nationalkapitalismus bedeuten. Auch wird der Kampf die Frage entscheiden, ob China künftighin nach Rußland hin orientiert sein wird. — Die Bürgerkriege in Brasilien stehen mit der Preisgestaltung des Kaffees, die in Chile mit der des Chilispalters im Zusammenhang, und insofern berühren sie die Weltwirtschaft. — Das sozialistische Kabinett in Schweden, der Ausgang der Wahlen in Norwegen dürften die Wirtschaft ebenfalls beeinflussen.

Nicht weniger wichtig als die allgemein politische Entwicklung sind die wirtschaftspolitischen Vorgänge der letzten Zeit. Die Neugestaltung der Handelspolitik wird in den laufenden Monaten vorbereitet. Den Anlaß dazu gibt die Tatsache, daß Deutschland Anfang Januar 1925 seine handelspolitische Bewegungsfreiheit zurückgewinnen wird, weshalb es Verhandlungen um die Regelung seiner künftigen Handelsbeziehungen führen muß. Bei der großen Wichtigkeit des deutschen Außenhandels kommt diesen Verhandlungen sehr große Bedeutung für die Weltwirtschaft zu. Infolge der Verflochtenheit der Weltwirtschaft und insbesondere der Handelspolitik werden zum Beispiel durch die Ergebnisse der deutsch-französischen Verhandlungen die wirtschaftlichen Verhältnisse auch in andern Ländern stark berührt. Für England, die Schweiz usw. ist es außerordentlich wichtig, wie Deutschland seinen Handelsverkehr mit Frankreich in bezug auf Kohle, Eisen, Stahl, beziehungsweise auf Textilien regeln wird. Der erste Abschnitt dieser Verhandlungen war von positivem Erfolg begleitet, in den Grundfragen wurde eine Einigung erzielt. Deutschland gewährt Frankreich Meistbegünstigung, Frankreich dagegen wird bei den für Deutschland wichtigen Posten nur die Höhe seines Minimaltarifs anwenden. Die Verhandlungen Deutschlands mit England und Belgien sind noch nicht soweit fortgeschritten und stießen auf Schwierigkeiten.

Die Weltkrise der Schwerindustrie führt aber neben den politischen Lösungsversuchen auch zu anderen Bestrebungen, ihrer Herr zu werden. Die Leistungsfähigkeit der Schwerindustrie der Welt ist viel größer als vor dem Kriege, der Verbrauch aber viel geringer. Für Eisen und Stahl ist die gegenwärtige Leistungsmöglichkeit der Welt-erzeugung auf 120 Millionen Tonnen, die Aufnahmemöglichkeit des Weltmarktes auf 80 Millionen geschätzt. Es liegt der Gedanke nahe, durch Zusammenschluß der überall entstandenen Großkonzerne in nationale und internationale Kartelle die Einschränkung der Produktion systematisch zu betreiben und durch Preisvereinbarungen die Gleichmäßigkeit der Profite unter möglicher Ausschaltung der Konkurrenz zu sichern. Dieser Gedanke hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Die Schaffung neuer festgelegter nationaler Stahlkartelle wird jetzt in Deutschland, England, Belgien und Frankreich vorbereitet. Zu einem internationalen Kartell kann es erst kommen, wenn die nationalen Kartelle bereits entstanden sind; der Gedanke wird aber lebhaft erörtert. Bei den deutsch-französischen Verhandlungen lehrt die Frage des weislichen Montantruffs in verschiedenen Formen immer wieder, wie lothringisches Erz und westfälische Kohle vereinigt werden, wie lothringische Halbfabrikate in Deutschland weiter verarbeitet werden sollen. England und Belgien können sich dabei nicht passiv verhalten. Vorerst soll das vor dem Krieg entstandene internationale Schienenkartell neu errichtet werden.

Das Konjunkturbild der wichtigen Industrieländer blieb auch im September uneinheitlich. Für Kohle herrscht in England eine verschärfte Ausfuhrkrise; Deutschland und Frankreich kaufen beträchtlich weniger als bisher. In Deutschland und England (Südwales) erfolgten große Betriebsstilllegungen. In Frankreich erreicht dagegen die Kohlenförderung immer höhere Ziffern. Der Eisen- und Stahlmarkt war uneinheitlich. In Deutschland eine sehr geringe Besserung, in England weiter anhaltende Ausfuhrkrise und nur geringe Besserung des Inlandsabfahes, verhängnisvolle Produktionsbeschränkungen in Oesterreich

(Alpine), der Tschechoslowakei (Bittkowitz Werke) und in Polen. In den Vereinigten Staaten war im September ein kleiner Rückschlag zu verzeichnen; es wurde etwa 55 % der Leistungsfähigkeit ausgenutzt. In Schweden ist bei einer im allgemeinen sehr guten Konjunktur die Lage der Schwerindustrie weiter äußerst gedrückt. In Frankreich hat sich dagegen die Erzeugung und die Ausfuhr seit August erhöht; in der ersten Hälfte 1924 wurde Eisen und Stahl um 60 beziehungsweise 50 % mehr ausgeführt als ein Jahr zuvor. Die in der letzten Zeit erfolgte Verschlechterung der französischen Valua hat die Ausfuhr begünstigt. Trotz dieser Erfolge ist die französische Schwerindustrie, auch abgesehen von der Frage der Kohlenversorgung — nicht sorgenfrei. Sie hat immer steigende Nebenbeschüsse zur Ausfuhr, die sie im Ausland nur durch rücksichtslose Preisunterbietungen gegenüber Deutschland und Belgien absetzen kann. — Die Textilindustrie zeigte im September eine sich bessernde Konjunktur; die französische Hochkonjunktur hielt an, die deutschen, englischen und die amerikanischen Textilkrise sind wesentlich gemildert und haben einen bemerkenswerten Aufschwung Platz gemacht. Für England und Amerika ist diese Entwicklung seit mehreren Jahren zum ersten Male eingetreten. — Die Rautätigkeit hat sich in Amerika, England, der Schweiz und den skandinavischen Ländern erhöht, woraus sich Verbesserungen in andern Industriezweigen ergaben. Der Weltfrachtenmarkt hat sich dank der eingesetzten Getreideverfrachtungen sehr belebt, die Frachtsätze haben sich wesentlich erhöht. Diese Erhöhung kann jedoch die Tatsache, daß gegenwärtig im Verhältnis zum internationalen Handelsverkehr zumeist Schiffsraum vorhanden ist, nicht aus der Welt schaffen.

Zusammenfassend kann man für den Monat September sagen, daß sich die wirtschaftliche Konjunktur verbessert hat in Frankreich, wo ein erheblicher Arbeitermangel vorhanden ist, in den skandinavischen Staaten (die Berichte aus diesen Ländern lauten besonders günstig) und Italien. In geringerem Maße hat sich die Lage verbessert in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Allerdings hat sich im letzteren Land der Aufschwung vom Juli, der auf die große Krise März-Juni folgte, wieder verlangsamt. Unverändert schlecht geblieben sind, beziehungsweise verschlechtert haben sich die Verhältnisse in Oesterreich, Polen, der Tschechoslowakei, Rußland und Ungarn.

Die Preise auf den internationalen Warenmärkten zeigen seit Juli, wo eine steigende Tendenz auf der ganzen Linie einsetzte, wiederholt Veränderungen. Bereits zweimal erfolgte Rückschläge und dann neue Erhöhungen des allgemeinen Preisniveaus. Gegenwärtig stehen aber in den meisten Ländern die Großhandelspreise nicht niedriger, als nach den im Juli erfolgten Preiserhöhungen. Insbesondere trifft dies für die Lebenshaltungskosten zu, die selbst bei sinkenden Großhandelspreisen nicht zurückgingen. Bemerkenswert sind die Bestrebungen der französischen Regierung, die Kosten der Lebenshaltung durch geeignete Maßnahmen zu verringern. Für Mehl müssen bezirksweise Höchstpreise festgesetzt werden — die hohen Brotpreise werden besonders schwer empfunden —, die Bäcker müssen einen Tag in der Woche ihre Läden schließen, um auf diese Weise den Verbrauch zu frischen Brotes einzuschränken; die Regierung beabsichtigt, große Mengen Gefrierfleisch selbst einzuführen, die Einfuhrzölle auf Käse, Schinken, Speck, kondensierte Milch, Gemüse, Butter und Früchte wurden wesentlich herabgesetzt, die Weizenzölle auf die Hälfte ermäßigt. Die Großhandelspreise sind Anfang September gegenüber Juli bereits zurückgegangen; die Wirkung der neuen Maßnahme auf den Kleinhandel bleibt abzuwarten. A. H.

Ideal und Gewerkschaftskampf.

Die freie Gewerkschaftsbewegung steht auf dem Boden des Klassenkampfes, und dennoch glaubt jeder einzelne in der Bewegung an Ideal. Das ist vielen Gegnern des freigezwirtschaftlichen Gedankens unbegreiflich. Ideal hat man doch nur, wenn man dahinter hinter dem warmen Ofen in seine Klassier vertieft ist oder wenn man sich mit dem Unternehmertum ohne den Willen des Kampfes gemächlich verständigt. Ideal ist doch, so denkt man drüben, etwas rein Geistiges, ein sittliches, friedliches Ziel, das über dem Leben steht.

Was uns von jenen unterscheidet, ist nicht der Glaube an das Ideal, sondern die Art seiner Verwendung. Dort ist das Ideal Erbauung, hier ist es Kampf. Dort ist es Ziel, hier ist es Weg. Dort ist es Theorie, hier ist es Praxis. Wir fühlen das Ideal nicht abseits vom Leben in stillen Stunden, sondern in der lebendigen Wirklichkeit. Wohl ist auch unser wirtschaftliches Ziel durchglüht von dem Wahren und dem Guten und dem Schönen, doch ist es uns vor allem Gegenwart, es ist uns, wie Kautsky einmal sagte, „eine Kraft oder eine Waffe im gesellschaftlichen Kampfe ums Dasein“.

Dadurch, daß bei uns „das bewußte Ziel des Klassenkampfes aus einem sittlichen Ideal in ein ökonomisches verwandelt wird“, sagt Kautsky an einer andern Stelle, „verliert es nichts von seiner Größe; denn was bisher allen Erneuerern der Gesellschaft als sittliches Ideal vor-schwabte und von ihnen nicht erreicht werden konnte, dazu sind jetzt zum ersten Male die ökonomischen Bedingungen gegeben“. Damit ist der gewerkschaftliche Kampf der proletarischen Klasse nicht gegen das Ideal, sondern das Proletariat bereitet durch seinen Klassenkampf mit dem Ziele der Schwächung und Beseitigung des Kapitalismus den ökonomischen Boden, auf dem das Ideal überhaupt erst erblühen kann.

Das Ideal ist die Verwirklichung des Wahren und des Guten und des Schönen. Es ist das Gleiche, das vom Proletariat immer wieder als Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit erhebt wurde. Damit ist das Ideal die Verwirklichung einer Idee. Es ist nichts Eigenmütiges, sondern etwas Gemeinsames, etwas über uns allen und in uns allen Liegendes, das nur bei Freiheit und Gleichheit aller Schwestern und Brüder einmal möglich ist.

Das Wahre kann nicht sein, solange eine herrschende Klasse ihr Interesse statt der Wahrheit will. Das Gute ist nicht möglich, solange die Ordnung das unsittliche Gepräge von Herren und Knechten hat, und

auch das Schöne kann niemals sein, solange die künstlerische Kultur abhängig vom Besitze des Mammons ist.

Der freigezwirtschaftliche Kampf mit seinem Klassenkampfcharakter ist darum der Befreier der Idee der Welt. Er befreit das Wahre und das Gute und das Schöne von den ökonomischen Ketten der ganzen Geschichte. Durch ihn beginnt darum mit seiner befreiten Tat die neue große Kulturepoche des Menschengeschlechts. Durch ihn hat einmal die „Vorgeschichte der Menschheit“, wie Marx die ganze Menschheitsgeschichte bis zum Kapitalismus nennt, ein Ende, und die Menschheit beginnt, der Mensch fängt zu leben an, der wahre, der freie, der Schwester und Bruder dienende, liebende Mensch.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Klassengeschäftliches.

Geldüberweisungen an die Hauptkassen können nunmehr auch vermittelt Eingahlung in Papiermarkt-Reichsbanknoten auf Zahlkarten erfolgen.

Nach einer neueren postalfischen Verfügung nehmen die Postämter solche Zahlungen vom 15. Oktober an entgegen. Es ist daher nicht mehr notwendig, wegen Mangels an Rentenmarknoten Postamtsweisungen zu benutzen, vielmehr ersuchen wir recht dringend, in allen Fällen bei Überweisungen das Postfachkonto der Zentralkasse, Hamburg 3330, in Anspruch zu nehmen. Zahlkarten liefert auf Bestellung die Hauptkasse. Im übrigen können Überweisungen über nachbenannte Bankkonten erfolgen: Großhandels-Gesellschaft Deutscher Gewerksvereine, Dresdner Bank, Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin, Wallstraße 65.

Bei Banküberweisungen sowohl als auch bei Überweisungen durch die Post muß unter allen Umständen klar erkennlich gemacht werden, welche Zahlstelle die Absenderin ist. Die Zahlstellenabsenderer werden dringend ersucht, die allmonatlich im „Zimmerer“ bekanntgegebenen Eingänge der Hauptkasse zu verfolgen.

Spezielle Anfragen einzelner Zahlstellenabsenderer, welche Beträge im Laufe des Quartals bei der Hauptkasse eingegangen seien, können nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden, da sich derartige Anfragen bei Verfolg der Bekanntmachungen erledigen. Adolf Römer, Kassierer.

Rechnungsabluß

des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands über das 2. Quartal 1924.

a) Volkskassen.

Einnahmen.

Von Vermögensbestand vom 1. Quartal	28 202,84 M.
„ Solikontobeträgen	164 816,99 „
„ sonstigen Eingängen	122 907,30 „
Summa	515 927,13 M.

Ausgaben.

Von dritte Aufwendungen	221 671,34 M.
„ Vermögensbestand am Schluß des Quartals	89 245,29 „
Summa	310 916,63 M.

b) Zentralkasse.

Einnahmen.

Von Vermögensbestand vom 1. Quartal	43 808,00 M.
„ Guthaben in diversen Zahlstellen	47 710,18 „
„ Zentralkassabeständen	339 882,31 „
„ Verbandstagebeiträge	48 224,50 „
„ Verbandsliteratur	16,-- „
„ Kollportagearbeiten	2,10 „
„ Zinsen	1 070,08 „
„ diversen Eingängen	232,08 „
Summa	482 465,99 M.

Ausgaben.

Von Agitation	22 592,96 M.
„ Gemischtenunterstützungen	293,20 „
„ Gewerkschaftsbundbeiträge	8 070,00 „
„ Konferenzen und Verbandstagekosten	29 189,43 „
„ Reichstag und Propaganda	627,75 „
„ Reichsangehörigenversicherung	552,-- „
„ Statistik	30,34 „
„ Stenogramm-Unterstützungen	1 156,90 „
„ Streits und Lohnverhandlungen	105 188,68 „
„ Verbandsorgan „Der Zimmerer“	17 278,06 „
„ verbrauchtes Werkzeug (Entschädigungen)	278,50 „
„ Verwaltung: a) zentrale	16 884,17 „
„ b) lokale und allgemeine	9 418,93 „
„ Unterstützungsstellen	1 407,93 „
„ Vermögensbestand der Zentralkasse	90 488,62 „
„ Guthaben in diversen Zahlstellen	89 897,28 „
Summa	489 468,99 M.

Im Laufe des 2. Quartals sind 14 Zahlstellen aufgelöst beziehungsweise mit andern verschmolzen, während 6 Zahlstellen neu hangekommen sind. Am Schluß des Quartals wurden in 1007 Zahlstellen 87 771 Mitglieder gezählt.

Adolf Römer, Kassierer, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.

Vorstandender Rechnungsabluß wurde von uns geprüft und richtig befunden:

Heinrich Eck, zweiter-Vorstandender, Hamburg 1, Gewerkschaftshaus.
 Fritz Huber, Harburg, Wallstraße 78.
 Ernst Kaysman, Hamburg 1, Sangerstraße 65, S. B. 1. St.) Revisoren.

Bekanntmachungen der Gauverlände.

Bezirkskonferenz der Zahlstellen in der Uckermark.

Am 10. Oktober fand in Angermünde für die in der Uckermark liegenden 15 Zahlstellen eine Konferenz statt, die sich mit der Tarif- und Lohnbewegung sowie mit der Agitation zu beschäftigen hatte. Vertreten waren die Zahlstellen Angermünde, Freienwalde, Gramzow, Uckermark, Oderberg, Prenzlau, Schwedt, Templin, Wriezen und Behdand. Vom Gau war Kamerad Knüpper, vom Zentralverband Kamerad Eck anwesend. Kamerad Knüpper gab eine Uebersicht über die Tarifbewegung in der Provinz Brandenburg; er zeigte die Schwierigkeiten, die den Lohnfestsetzungen entgegenstehen, um dann recht eingehend die letzte Lohn-erhöhung von 8 % die Stunde zu besprechen. Kamerad Eck sprach über die Ursachen der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse und über die sich hieraus ergebende Stellung unseres Verbandes sowie der Unternehmer des Bau-gewerbes zur Tarif-, Lohn- und Arbeitszeitfrage. Die Aussprache über beide Referate war recht lebhaft. War für

einige Redner die Lohnfrage der springende Punkt, so war für andere der brandenburgische Tarifvertrag mit seinen Unzulänglichkeiten Gegenstand der Erörterung. Hier ging am Ende die allgemeine Ansicht dahin, daß, da die Ufermark ein in sich abgeschlossenes Gebiet bildet, in einem besonderen Tarifvertrag die Eigenheiten des Gebietes besser gewahrt würden als das jetzt möglich sei. Die großen Schwierigkeiten bei den Lohnverhandlungen wurden anerkannt. Die Schlichtung der örtlichen Verhältnisse noch einen breiten Raum ein; dabei ergab sich aber, daß unsere Kameraden in allen Zahlstellen an der Arbeit sind, um aufzubauen, eingeriffene Mißstände zu beseitigen und daß es überall vorwärtsgeht. Die Schlüsselwörter waren ein Appell, in dieser Arbeit nicht zu erlahmen.

Die in guter, kameradschaftlicher Weise verlaufene Konferenz bietet die Gewähr dafür, daß unser Zentralverband in der Ufermark vorwärtskommt.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Burg b. Magdeburg, Rattowitz, Kirchhain, Neustadt i. S., Neustettin, Oppeln, Quecklinburg, Speyer und Wolgast.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Frankfurt a. Main, Mainz und Worms.

Ausperrung in Hessen. Am 9. August fanden Verhandlungen zur Festsetzung des Lohnes statt. Es wurde vereinbart, daß der Stundenlohn vom 14. August an um 2 %, vom 11. September an nochmals um 2 % und vom 23. Oktober an wieder um 1 % zu erhöhen ist. Die Vereinbarung sollte bis 12. November gelten. Der damit erreichte Lohnstand war für Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden und Worms 79 %. Nun ist durch die Preissteigerung die Vereinbarung stark erschüttert worden; so sind besonders in Mainz und auch in andern Orten, die zum besetzten Gebiet gehören, die Preissteigerungen besonders fühlbar. Auf Antrag der Arbeiterorganisationen fanden am 22. September Verhandlungen statt, durch die wenigstens ein Ausgleich zwischen Lohn und Kosten der Lebenshaltung geschaffen werden sollte. Die Verhandlungen waren ohne Erfolg, die Unternehmer bestritten die Preissteigerung. Am 10. Oktober wurde wieder verhandelt. Die Vertreter der Unternehmer erklärten, keine Vollmacht zu haben, sondern ihrer Generalversammlung Bericht erstatten zu wollen. In der Zwischenzeit wurden in Mainz Sperren verhängt, um zunächst für Mainz einen höheren Lohn zu erzielen. Die Generalversammlung der Unternehmerorganisation hat sich zur Lohnfrage auf den Standpunkt gestellt, daß die Vereinbarung bis 12. November in Geltung bleiben muß und daß, um den Platzsperrn zu begegnen, am 17. Oktober in Hessen-Massau und im Freistaat Hessen alle Arbeiter des Baugewerbes auszusperrn sind. Die Aussperrung ist erfolgt in Frankfurt, Darmstadt, Mainz und Worms.

Streik in Oppeln. Schon seit Wochen wird über den Stundenlohn verhandelt. Der Schlichter fällt einen Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 5 % vorsah. Die Unternehmer lehnten ab. Spätere Verhandlungen vor dem Schlichter führten zu einem neuen Schiedsspruch, der in Anbetracht der Forderung eine zehnprozentige Lohnerhöhung vorsah. Die Unternehmer lehnten wieder ab. Am 13. Oktober wurde die Arbeit eingestellt. Auf Grund des letzten Schiedsspruches ist ein Stundenlohn von 61 % zu zahlen. Am 16. Oktober fand Verhandlung statt; sie führte aber nicht zu einer Verständigung. Die Unternehmer erklärten sich bereit, dem ersten Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 5 % vorsah, zuzustimmen und lehnten ein weiteres Entgegenkommen ab. Der Kampf geht weiter.

Streik und Vereinbarung in Cassel. Da Verhandlungen keine Aussicht auf eine Verständigung mit den Unternehmern boten, ist am 10. Oktober die Arbeit eingestellt worden. Der Kampf erstreckte sich auf 37 Betriebe mit 261 beschäftigten Zimmerern. Am 18. Oktober fanden Verhandlungen statt; sie endeten mit einer Erhöhung des Stundenlohns von 66 % auf 75 %. Eine Zahlstellerversammlung beschloß, der Vereinbarung zuzustimmen und die Arbeit aufzunehmen.

Ende des Streiks und Vereinbarung in Schönebeck. In Schönebeck wurde die Arbeit eingestellt, weil durch die neue Lohnklasseneinteilung in der Provinz Sachsen eine schlechterstellung der Zimmerer Schönebecks eingetreten war. Am 16. und 17. Oktober fanden Verhandlungen statt mit folgendem Ergebnis: „Da in allerhöchster Zeit mit einem Schiedsspruch des Schlichters, betreffend die Lohnklasseneinteilung, nicht zu rechnen ist, erklären sich die Unternehmer bereit, bis zur Fällung des Schiedsspruches einen Stundenlohn von 75 % zu zahlen, der der Durchschnitt von Klasse 1s und 1 ist.“ Beide Parteien haben zugestimmt, und nach einem Kampf von 5 Tagen konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Lohnkürzung wurde erfolgreich abgewehrt.

Die Lohnbewegung in Ostpreußen. Die Ablehnung der Entscheidung des Bezirkslohnamtes vom 26. September durch die Unternehmer führte zu großen Differenzen und Arbeitsbeeinträchtigungen in Allenstein, Braunsberg, Elbing, Hagenau, Insterburg, Mohrungen, Ortelsburg und Willkallen. Der Schlichter für Ostpreußen hatte zum 14. Oktober die Parteien zur Verhandlung eingeladen. Auch hier drehte sich der Streit um die Einteilung der Lohngebiete in die Lohnklassen. Durch den Schiedsspruch vom 26. September war der Lohn für die 3. Lohnklasse von 63 auf 60 % gekürzt worden; darüber entbrannte der Kampf besonders. Nach langem Verhandeln kam eine Vereinbarung zustande, daß der Lohn dort in der 3. Lohnklasse, wo er noch nicht abgebaut ist, in der alten Höhe weiterzuzahlen ist. Es gelang nicht, die Zahlstellen Wartenstein und Rastenburg aus der 3. in die 2. Lohnklasse zu bringen; jedoch wurden die Zahlstellen Riesenburg, Rosenburg, Wehlau und Zapfau in die höhere Lohnklasse versetzt, die Zahlstellen Gerdauen, Goldap, Johannsburg, Meidenburg, Willkallen, Sensburg und Wiersbinnen sind von der 2. in die 3. Lohnklasse gekommen. Die Vereinbarung gilt vom 23. September 1924 bis 31. März 1925. Der Ausgang dieser Bewegung erfreut unsere Kameraden nicht, daß sie aber zugestimmt, war durch die Verhältnisse bedingt, so ist die Arbeitsgelegenheit recht schlecht und die Zahl der Arbeitslosen hoch.

Vereinbarung in Pommern. Am 7. Oktober wurde durch den Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der von den Unternehmern in Stettin angenommen, von den Unternehmern in der Provinz jedoch abgelehnt wurde. Die Folge war, daß in vielen Zahlstellen die Arbeit eingestellt wurde, um die Unternehmer zur Erfüllung des Schiedsspruches zu zwingen. Der Druck führte dazu, daß am 20. Oktober mit dem Baugewerbeverband für Pommern und den Arbeiterorganisationen des Baugewerbes Verhandlungen stattfanden. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Anerkennung des Schiedsspruches vom 7. Oktober. Es heißt in der Vereinbarung dann weiter: „Sämtliche örtliche Lohnvereinbarungen treten durch diese bezirkliche Vereinbarung in Kraft. Soweit höhere Löhne, als diese Vereinbarung sie vorsieht, gezahlt werden, bleiben diese bis auf weiteres bestehen und werden bei der nächsten Lohnfestsetzung den tariflichen Löhnen angeglichen. Die Vereinbarung läuft bis 31. März 1925. Falls von den folgenden Durchschnittsmonatskoeffizienten für Stettin eine mindestens 10 % für gegen die des Oktober ändert, kann jede Partei die Einleitung neuer Lohnverhandlungen fordern. Streiks sind sofort aufzuheben. Maßregelungen dürfen beiderseits nicht stattfinden.“

Lohnvereinbarung in Ostfriesland. Am 22. Oktober fanden für den Bezirk Ostfriesland, zu dem die Zahlstellen Emden, Leer und Norden gehören, Lohnverhandlungen statt. Das Ergebnis war eine Lohnerhöhung für alle drei Zahlstellen um 11 % die Stunde. Von laufender Woche an beträgt der Lohn in Emden 85 %, in Leer und Norden 80 % die Stunde.

Neue Lohnfestsetzung für die Provinz Hannover. Die Lohnverhandlungen, die am 16. Oktober stattfanden, führten nicht zu einer Verständigung. Am 17. Oktober wurde beim Schlichtungsausschuß weiterverhandelt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, der den Lohn in Lohnklasse A auf 81 % und in Lohnklasse F auf 50 % Stundenlohn festsetzte. Diese Löhne haben Geltung vom 16. Oktober bis zum 31. Dezember 1924 und können mit vierzehntägiger Kündigung, erstmalig zum 31. Dezember, gelündigt werden. Die Parteien haben den Schiedsspruch angenommen.

Betriebsvertretung und Gewerkschaft. Zu dem Artikel in Nr. 41 des „Zimmerer“ unter vorstehender Stichmarke geht uns nachfolgende Berichtigung zu:

Es ist nicht wahr, daß am 25. August 1924 ein endgültiges Ergebnis bei der Besprechung zwischen uns und dem Vertreter der Firma Schäffer & Co. N.-G. erreicht worden ist. Wäre dem so, dann hätten ich und die Organisationsvertreter sofort dasselbe schriftlich niedergelegt und es vom Firmenvertreter unterzeichnen lassen. Wahr ist, daß der Organisationsvertreter des BVB, Kollege Lankehan, Bremen, am Schlusse der Besprechung mich aufgefordert hat, in der an demselben Abend stattfindenden Betriebsversammlung hierüber keinen Bericht zu erstatten, da noch nichts Endgültiges niedergelegt sei. Es ist nicht wahr, daß in der genannten Besprechung von 2 Reisetagen die Rede gewesen ist. Wahr ist, daß in dieser Besprechung vom Firmenvertreter 1 Reisetag als mögliches Zugeständnis versprochen und auch in den späteren Abmachungen festgelegt worden ist. Es ist nicht wahr, daß alle Abmachungen für alle Arbeiter nach dem Zugeständnis des Firmenvertreters Geltung haben sollen. Wahr ist, daß dadurch, daß der Vertreter des BVB die Forderung 4 hat fallen lassen (Forderung 4: Die seit einigen Wochen für den größten Teil der Facharbeiter gezahlte Wirtschaftsbeihilfe von 6 % pro Stunde ist vom 7. August an für alle auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter zu zahlen), es schon ausgeschlossen war, daß alle Arbeiter der Baustelle Genuß von dem Verhandlungsergebnis überhaupt haben konnten. Es ist nicht wahr, daß der Betriebsrat die Gewerkschaften bei wichtigen Anlässen übergangen hat. Wahr ist, daß der Betriebsrat sich mehrere Male bemüht hat, bei Differenzen oder organisatorischen Fragen die Vertreter der Organisationsvertreter zu den Verhandlungen oder Sitzungen heranzuziehen.

Nach der ganzen Aufmachung des Artikels muß man fast annehmen, daß ein bestimmter Zweck mit der Namensnennung des Betriebsobmannes Bierig erreicht werden soll. Und zwar sehen wir dieses in der den Organisationsvertretern nicht angenehmen politischen Anschauung unseres Kollegen Bierig. Wir, der gesamte Betriebsrat, erklären, daß der Betriebsobmann Bierig seine Pflichten als Betriebsobmann gegenüber der Belegschaft sowie gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen voll und ganz erfüllt hat.

gez. Emil Bierig, Obmann des Betriebsrates der Firma Schäffer & Co. N.-G., Baustelle Farge.

Die Mitglieder des Betriebsrates der Firma Schäffer & Co. N.-G., Baustelle Farge: gez. J. Hümemörder, Maurer, J. Uzarrel, Hilfsarbeiter, L. Eklis, Hilfsarbeiter, W. Wunsch, Hilfsarbeiter.

Zu dieser Berichtigung ist folgendes zu bemerken: Wenn der Betriebsratsvorsitzende, Kamerad Bierig, sich darüber beschwert, daß sein Name in dem erwähnten Artikel genannt wurde, und er die Folgerung am Schlusse des Artikels seiner politischen Einstellung zuschreibt, so schließt er von sich auf andere. Worauf es uns ankam, war, festzustellen, daß die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmervertreter im Beisein des Kameraden Bierig stattfanden, so daß dieser über alle Fragen orientiert war. Es muß daher auffallen, daß trotz dieser Kenntnis der Betriebsrat ohne Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter etwas unterschrieb, was nach unserer Auffassung unzulässig, zugleich aber auch eine bedeutende Verschlechterung für die Arbeiterschaft der Baustelle war. Daß diese Auffassung auch bei dem Kameraden Bierig bestand, geht aus seiner Heußerung hervor, daß sie diese Unterschrift geleistet hätten, um sich erst im Prinzip durchzusetzen. Wenn Kamerad Bierig feststellt, daß das Ergebnis der Verhandlungen vom 25. August kein „endgültiges“ war, so ist das auch in dem Bericht nicht behauptet worden; es heißt ausdrücklich: „Das Verhandlungsergebnis, für das sich der Firmenvertreter bei seinen Auftragsgebern einsetzen wollte usw.“ Bierig schlägt sich aber selbst, indem er in einem Schreiben vom 3. September 1924 an die Organisation auf Anfrage folgendes mitteilte: „Rann Dir mitteilen, daß wir gestern, den 2. September, alles das, was wir am 25. August lose vereinbart haben,

schriftlich niedergelegt haben.“ Wie diese Niederlegung aussieht, haben wir in dem Bericht gesehen. Wenn Bierig betreffs der Reisetage behauptet, daß 2 Reisetage zugestanden sind, so mag das an seinem schwachen Gedächtnis liegen; wahr ist, daß wir an den 2 Reisetagen festgehalten haben und etwas anderes in späteren Abmachungen von uns nicht anerkannt oder uns bekannt ist. Diese „späteren Abmachungen“ können sich nur auf solche von Bierig unterschriebenen beziehen. Weiter behauptet Bierig etwas, was gar nicht in dem Bericht enthalten ist, daß alle Abmachungen für alle Arbeiter Geltung haben sollten. Ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Durchziehung des Prinzips nach Bierig war für uns, daß alle auswärtigen Arbeiter (also einschließlich der ungelerten Arbeiter) eine tägliche Auslösung von 1 1/2 Stunden haben sollten. Wenn Bierig aber die Frage der Wirtschaftsbeihilfe für alle auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter heute in den Vordergrund rückt, so ist das nach der Festlegung der Vertrauenskörpererschaft auf der Baustelle verständig, doch dürfte diesen die Antwort in der Belegschaftsversammlung gegeben sein. Daß diese in der Zahl der unorganisierten ungelerten Arbeiter liegt, so daß der Vertrauenskörper mehr Gewicht auf deren Organisation legen sollte, sei nicht unerwähnt, ist dem Betriebsrat aber auch nicht unbekannt. Wenn sich der gesamte Betriebsrat hinter den Kameraden Bierig stellt, so ist das nach den Beschlüssen des Vertrauenskörpers begreiflich; Beschlüsse, zu deren Durchführung sich fast der gesamte Betriebsrat in der Betriebsversammlung die größte Mühe gegeben hat. Daß aber auch in dieser Versammlung den Beschlüssen nicht Rechnung getragen wurde, sollte den Betriebsrat doch zum Nachdenken veranlassen haben. Er hätte deshalb das sich selbst ausgestellte Vertrauensvotum etwas vorsichtiger in die Öffentlichkeit gelangen lassen sollen. Nach alledem muß nach wie vor der Satz gelten: „Ohne Einverständnis mit seiner Gewerkschaft darf kein Betriebsrat oder Bau- delegierter irgend etwas unterschreiben.“ E. Caspar.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cassel. Am 10. Oktober nahm eine außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zur Lohnfrage. Kamerad Siebert berichtete über den Stand des Baumarktes in Cassel und über die letzte Aussperrung. In den 35 Jahren des Bestehens der Zahlstelle hatten wir noch niemals eine so große Arbeitslosigkeit wie zur Zeit der Aussperrung. Trotzdem wurden 6 % Lohnerhöhung durch Schiedsspruch erzielt. Ein Erfolg des Verbandes. Der Lohn entsprach den Verhältnissen nicht, doch wurde der Spruch in Rücksicht auf die Wirtschaftslage angenommen. Am 28. Juli reichten wir neue Forderungen ein; am 16. September wurde verhandelt, ohne Erfolg. Es wurde beschlossen, den Schlichtungsausschuß anzurufen; er fällt am 20. September einen Schiedsspruch auf 4 % Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten ab, die Arbeiter nahmen an. Wir beantragten die Verbindlichkeitsklärung; sie wurde abgelehnt. Nun haben wir zu entscheiden, was werden soll. Kamerad Siebert betonte, daß sich die Lage des Baumarktes gebessert habe; er empfahl, die Arbeit ruhen zu lassen und den Unternehmern zu zeigen, daß die Bauarbeiter nicht schindlicher mit sich treiben lassen. Nach reger Aussprache wurde in geheimer Abstimmung gegen 10 Stimmen der Streit beschlossen. Mit einem Hoch auf den Zimmererverband wurde die Versammlung geschlossen.

Am 20. Oktober tagte abermals eine außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung war: Stellung zu den Verhandlungen. Kamerad Siebert erstattete Bericht und betonte, daß die Stadt bereits einen Vermittlungsversuch unternommen und auch schon eine unverbindliche Aussprache stattgefunden habe, in der festgelegt worden sei, daß am 18. Oktober Lohnverhandlungen stattfinden sollten. In der Verhandlung wurde zunächst von der Lohnkommission dargelegt, daß die Lohnpolitik der Unternehmer Grund des Streiks sei. Kamerad Maul begründete noch einmal an Hand der Teuerungszahlen, daß ein Lohn von 85 % nicht zu hoch sei. Die Unternehmer erklärten, der Reichsindex sei nur um 7 % gestiegen, folglich wäre die äußerste Grenze 71 %. Nach mehrstündiger Verhandlung erreichten wir eine Lohnhöhe von 75 %, also 9 % Lohnerhöhung. Die Verhandlungskommission wurde sich einig, den Kameraden die Lohnerhöhung zur Annahme zu empfehlen. Kamerad Siebert besprach noch die augenblickliche Situation und trat ebenfalls für Annahme ein. In der sehr erregten Aussprache schlossen sich fast alle Kameraden dem Vorstand an. Die Abstimmung ergab, daß gegen 4 Stimmen die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Der Vorstand forderte die Kameraden auf, treu zur Organisation zu halten, ihre Pflichten zu erfüllen und für größte Geschlossenheit einzutreten, dann würden wir auch den kommenden Kämpfen gewachsen sein.

Lübeck. Am 12. Oktober konnte die hiesige Zahlstelle auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Von den an der Gründung beteiligt gewesenen Kameraden sind vier noch heute Mitglieder der Zahlstelle, und zwar die Kameraden S. Horren, S. Niemann, S. Schmidt und S. Mez. In einer festlichen Veranstaltung am 25. Oktober entbot Kamerad Wolgast, Hamburg, den Jubilaren sowie der Zahlstelle die Glückwünsche des Gesamtverbandes. Mögen die jungen Kameraden dem Beispiel der alten folgen und ebenso treu wie sie zum Verbands stehen.

Schuppenbeil i. Ckpr. Am 19. Oktober tagte bei G. Briele unsere Mitgliederversammlung. Unter „Geschäftliches“ wurde berichtet, daß nach der Aussperrung die meisten Kameraden nicht wieder eingestellt worden seien, weil genügend Lehrlinge vorhanden waren. Die Mitteilung von den Lohnverhandlungen in Königsberg, daß wieder ein drittes Lohngebiet geschaffen sei, rief eine recht erregte Aussprache hervor. Jahrelang habe man gekämpft, um diesen Zustand zu beseitigen, und jetzt fänden sich Gewerbetäte und Schlichter, die den alten Zustand wieder herstellten. Es müte fast so an, als wenn diese Unparteiischen nur die Interessen des Unternehmertums berücksichtigen. Auch die Bestimmung, daß der Lohn der Hilfsarbeiter auf dem Lande der freien Vereinbarung überlassen bleibe, führe nur dazu, der Lehrlingszücherei noch mehr Vorschub zu leisten. Ueber den Stand unserer

Organisation wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl von 26 am Anfang des Jahres auf 25 gesunken sei. Hauptsächlich sei dieser Verlust auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. In den andern Gewerkschaften am Orte sehe es noch viel schlimmer aus. Betont wurde, daß der alte Mitgliederbestand unserm Verbande die Treue bewahrt habe. Ein Beweis, daß auch in unserer Zahlstelle der Organisationsgedanke tiefe Wurzeln geschlagen habe. Zu Punkt 3, Ziel und Zweck der Heimstätten-Bauvereine, sprach der Bevollmächtigte unserer Zahlstelle. Redner behandelte die Heimstättenbewegung im allgemeinen und ging dann auf unsern neugegründeten Heimstätten-Bauverein näher ein. Der Verein sei Ende August gegründet worden, ihm gehörte bereits eine Anzahl Zimmerer an. Allen Widerständen zum Trotz habe dieses junge Unternehmen in den letzten Septembertagen bereits den Bau eines Doppelhauses in Angriff genommen. Im Frühjahr sollten drei weitere Doppelhäuser folgen. Pflicht aller Arbeiter sei es, dieses neue Unternehmen nicht nur materiell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Redner gab hierzu einige Vorschläge, die noch mit den andern Gewerkschaften besprochen werden sollen. Hierauf trat Schluß der gut verlaufenen Versammlung ein.

Raugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. In Freital i. S. stürzte im Stadteil Pötschappel ein zwanzigjähriger Zimmerer aus Baucorbe von einem Dache. Er zog sich Verstauchungen und blutende Verletzungen zu.

Ueber das Bauwesen in Amerika. Vor Gewerkschaftsfunktionären und Bauhüttenvertretern sprachen am 24. Oktober im Gewerkschaftshaus in Hamburg die Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Wagner und Ustor, über ihre Studienreise. Dr. Wagner kennzeichnete eingangs den Zweck der Studienreise. Sie wollten Deutschlands Stillestehen und die in Amerika erfahrene, ob in dem Lande der freien Wirtschaft noch Mittel ausfindig zu machen seien, die der deutschen Bauwirtschaft dienstbar gemacht werden können. Voraussetzungen wolle er, daß die freie Wirtschaft auch in Amerika nicht das alleinigmachende Mittel sei, sondern eher das Gegenteil. Kein anderes Land sei so geeignet für Studien wie Amerika. Klar müsse man sich über den Charakter der Bevölkerung sein. Wer wandert in Amerika ein? Volksangehörige aller Länder. Vor allem wollten sie Geld verdienen. Die gesamte Bevölkerung sei auf der Jagd nach dem Dollar. Die ursprünglich Eingewanderten haben alle Kultur verdrängt. Eine neue einheitliche Kultur existiere nicht. Jede Volksschicht bringe ihre Kultur mit und sei bestrebt, sie zu erhalten. Das wirke sich in bedeutendem Maße auf den Wohnungsbau aus. Wo sich Negere oder Chinesen ansiedelten, vernichteten sie die Wohnviertel für andere Bevölkerungsteile. Der Baumarkt erhalte dadurch fortgesetzt neue Aufgaben. Ferner trage das Bestreben der Eingewanderten, sich selbständig zu machen, ständig zur Verlebung des Baumarktes bei. Amerika sei das Land der kleinen Baubetriebe. Insgesamt dürften 3 Millionen Bauarbeiter vorhanden sein, davon 175 000 Maurer und 700 000 Zimmerleute, die aber viel Tischlerarbeit anfertigen. Der Holzhausbau überwiege bei dem großen Holzreichtum Amerikas. Im Baugewerbe sei die Spezialisierung weit fortgeschritten. Die große Zahl der Kleinbetriebe würde zusammengefaßt durch Generalunternehmer. Der Wohnungsbau in der Hand des spekulativen Kleinunternehmers mußte hochkommen, da keine öffentliche Verwaltung sich in das Wirtschaftsleben einmengt. Hinzu kommt, daß die private Spekulation in Bauland äußerst ertragreich ist. Jeder Einwanderer habe Bedarf an Land, das aufgeteilt in Parzellen, den Besitzer oft wechselt. Das Großkapital nehme wenig aktiven Anteil am Baumarkt, es habe größere Verdienstmöglichkeiten. Da die Bauordnungen nur das Notwendigste vorschreiben, sehen viele Wohnviertel entsetzlich aus. Die Häuser seien äußerst leicht gebaut. Weder die Qualität der Form noch die Qualität der Arbeit könne sich mit dem in Deutschland üblichen messen. Holz, Gips und Drahtgewebe seien die hauptsächlichsten Baustoffe. Der Baustoffhandel stehe auf einer ansehnlichen Höhe. Wie stehe es nun mit der Gesundheit und Sicherheit in den Häusern? Sie lassen viel zu wünschen übrig. In letzter Zeit bemühen sich öffentliche Verwaltungen, den Massivbau zu fördern. Bezüglich der Arbeitsmethoden müsse bemerkt werden, jeder Arbeiter versuche wirtschaftlich mit seiner Kraft umzugehen. Das gleiche Bestreben lege der Unternehmer an den Tag, der, wo es möglich sei, an Stelle der physischen Kraft die Maschine verwende. Zum Beispiel werde fast jede Baugrube mit dem Bagger, der Dampfhaufel, ausgehoben. Die rationelle Betriebsführung werde von den Unternehmern gefördert. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mache Fortschritte, ein Feldzug gegen den Verfall in der Wirtschaft sei im Gange. Viele Gründe würden angeführt, die eine Verbilligung der Arbeiten im Winter mitführen. Material sei in der stillen Konjunktur billiger, dazugehörigen Frachten und Arbeitslöhne. Im Winter werden nur die tariflichen Löhne gezahlt, während im Sommer, in der Zeit der lebhaften Bautätigkeit, noch Zuschläge bis 5 Dollar täglich gezahlt werden. In erheblichem Umfang werde jetzt schon Winterarbeit ausgeführt. Die Häuser werden mit schützenden Verlässen versehen, das Material wird angewärmt, so daß ohne Gefahr selbst Eisenbetonbauten während des Winters erstellt werden können. Gewerkschaften gebe es geschlossene und offene. Entstanden seien sie aus erklärlichen Gründen. Alle eingeseffene Arbeiter wollten sich schützen gegen Einwanderer. Eine Menge Mißstände seien Folgen solcher Verhältnisse. Bei einer Gewerkschaft sei das Buch schon 14 Jahre geschlossen, das heißt neue Mitglieder werden nicht aufgenommen. Von Demokratie sei wenig zu spüren. Vom Standpunkte der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus gesehen, sei vieles tadelnswert. Die Gewerkschaften seien im allgemeinen auch keine Freunde der Lehrlingsbewegung, dafür zeugen manche Bestimmungen in Tarifverträgen. Zusammenfassend wolle er sagen, viel Negatives, aber auch viel Positives habe er gefunden. Für die deutsche Bauwirtschaft werde sich manche der Erfahrungen nutzbar machen lassen. Amerika besitze ungeheuren Reichtum an Produkten, aber auch dort wird die Frage größerer Wirtschaftlichkeit mehr und

mehr beachtet, da die Quellen des natürlichen Reichtums sich erschöpfen. Der Holzreichtum nimmt ab. Unser Reichtum sei in der Kultur physischer und geistiger Arbeit und in der schlechten Organisation des Baugewerbes. Gelänge es, den Verfall in der Baugewerbe zum Teil zu beseitigen und durch eine bessere Organisation zu ersetzen, dann werde das gesamte Volk den Vorteil davon tragen.

Anschließend sprach Ustor über finanzielle Möglichkeiten, für die deutsche Bauwirtschaft amerikanisches Kapital zu erhalten. Sie seien hingegangen in dem Glauben, daß solches möglich sei. Davon seien sie aber abgekommen. Auch für den amerikanischen Baumarkt seien zweite Hypotheken schwer zu bekommen. Der Zinssatz betrage auf Grund gesetzlicher Bestimmungen 6%. In Wirklichkeit stelle er sich meistens aber bedeutend höher. Die Arbeiterbanken in Amerika tragen andern Charakter, als wir annehmen. Sie beruhen im wesentlichen darauf, daß amerikanische Arbeiter sparen können. Das Geld, das trotzdem vorhanden sei, dürfe aber auch nicht verschwiegen werden. Die Gewerkschaftsbanken, die in erster Linie Sparbanken seien, können keine Kredite für Deutschland gewähren. Die Bankgesetze in Amerika seien sehr streng. Die Sparbanken haben nur das Recht, Hypotheken bis zu 50% des Wertes zu gewähren, aber nur für Grundstücke in einem Umkreise von 50 bis 100 englische Meilen. Die Bausummen seien in Amerika infolge der Spekulation bedeutend höher als in Deutschland, wie auch die Mieten außerordentlich hoch seien. Das Ergebnis der Studienfahrt sei bezüglich der Hoffnungen auf finanziellen Gebiete nicht besonders fruchtbringend gewesen; für uns müsse in Zukunft die Lösung sein: Hilf dir selbst!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Auflösung des Reichstages und Neuwahlen. Am 20. Oktober ist der Reichstag durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst worden. Es war wirklich höchste Zeit. Am 7. Dezember finden die Neuwahlen statt. Jetzt hat das deutsche Volk das Wort; der Weg ist frei. Es gilt, die Rechtsparteien, die die Auflösung aus leicht begreiflichen Gründen so sehr gefürchtet haben, aufs Haupt zu schlagen und ein Parlament zustandzubringen, in dem kein Raum mehr ist für reaktionäres Gebaren. Das muß vor allem das arbeitende Volk beherzigen und danach handeln.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit. In 117 Jugendabteilungen des Holzarbeiterverbandes waren zu Ende des vorigen Jahres 35 385 Mitglieder vereinigt, und zwar 6993 weibliche, 15 724 männliche Jugendliche und 12 668 Lehrlinge. Das „Holzarbeiter-Jugendblatt“, das bis April 1922 vierteljährlich einmal erschien, erscheint seitdem monatlich in einer Auflage von 35 000. Die Abteilungen haben gute Arbeit geleistet. Es sind Vorträge gehalten, Unterrichtskurse, Versammlungen, Wanderungen, Spiele im Freien, künstlerische Feste, Eltern- und Unterhaltungsabende veranstaltet, gemeinsam Museen, Theater und Konzerte besucht worden und anderes mehr. Die Behandlung der Kostgeldfrage für Lehrlinge hat einen großen Raum eingenommen, trotz vieler Widerwärtigkeiten sind Fortschritte erzielt worden, was in den industriellen Betrieben leichter war als in den kleinen Handwerksbetrieben. Das Hauptaugenmerk soll auf die Schulung tüchtiger Jugendleiter gelegt werden.

Der Buchdruckerverband zählte nach dem auf seinem Verbandstage im September erstatteten Bericht im Jahre 1923 in 932 Druckorten 7362 Lehrlingsmitglieder. Gegenüber 1922 ist ein Rückgang von 2422 festzustellen, der durch Abnahme der Lehrlingsziffer (2120 Ausgelernten standen nur 1294 Neueingetretene gegenüber), durch Abwanderung aus dem Beruf usw. verursacht worden ist. Der „Jung-Buchdrucker“ hat eine Auflage von 8000. Zweck und Ziel der Lehrlingsabteilung faßt der Referent des Verbandsvorstandes dahin zusammen: Der von uns eingeschlagene Weg in der Lehrlingsausbildung und -erziehung ist der richtige. Wie wollen den Lehrling gegen Ausbeutung und Mißbrauch schützen; wir wollen ihm fachliches Können und Wissen vermitteln, damit er ein Meister seines Berufes und ein seines Wertes als Arbeiter sich bewußtes Mitglied des Verbandes wird; wir wollen ihn aber auch so erziehen, daß er die sozialen Kämpfe der Zeit versteht und ihre Zusammenhänge mit seinem Beruf und seiner Klasse richtig erfast.

Literarisches.

„Frauentwelt“. Halbmonatsschrift, erscheint vierzehntäglich an jedem zweiten Sonnabend. Ausgabe A (ohne Schnittmusterbogen) 30 A, Ausgabe B (mit Schnittmusterbogen) 40 A. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Verlag J. F. W. Diez Nachf., Berlin SW 68.

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Beiträge von Paul Böbe, Philipp Scheidemann, Wilhelm Sellmann, Fritz Koch, Robert Breuer, Arno Scholz, Senator Gerth u. a. Preis 30 A. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW, Lindenstraße 114.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Heft 4 vom 15. Oktober 1924, ist erschienen. Sie bringt einleitend einen Artikel von Theodor Leipart: „Gewerkschaften und Reichswirtschaftsrat“, in dem der Werdegang des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer geschildert ist und die Forderung an die Regierung gerichtet wird, nunmehr endlich den gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung zu bildenden Reichswirtschaftsrat und die ebenfalls zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräte ins Leben zu rufen. Professor Lindemann schreibt über „Gewerbedifferenziertere Arbeitslosenfürsorge“, worüber auch von anderer Seite noch etwas zu sagen sein wird, da die von Lindemann gemachten Vorschläge von den Gewerkschaften nicht ohne weiteres übernommen werden können. Richtig tritt für Einbeziehung derjenigen Schichten in die Erwerbslosenfürsorge ein, die,

weil sie im allgemeinen mit größerer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, gegenwärtig noch von den Beiträgen befreit sind. Ueber „Gewerkschaften und Berufsberatung“ schreibt Rätke Gaebel. Einen interessanten Beitrag über „Gewerkschaftliche Bildungsziele und die Akademie der Arbeit“ hat Furtwängler geliefert. Es folgen sodann Artikel von Wagner über „Probleme der Gemeinwirtschaft“, von Karl Schmidt über die „Gestaltung der Arbeitsgerichte“ und von Stetter über die „Beamtenbewegung“. Zum Schluß bringt die „Rundschau der Arbeit“ reichhaltiges Material aus den verschiedensten Gebieten. „Die Arbeit“ ist das wissenschaftliche Organ der Arbeitnehmer und muß weiteste Verbreitung finden.

Versammlungsanzeiger.

- Dienstag, den 4. November:**
Bitterfeld: Nachm. 5 Uhr im Restaurant „Bürgergarten“.
Sommerfeld: Gleich nach Feierabend bei Martini, Burastraße. — **Wittler:** Abends 8 Uhr bei H. Feldmann, Reichstraße. — **Wittenberg:** Nachm. 5 Uhr bei Geiß, Löpferstr. 1.
Mittwoch, den 5. November:
Raugard i. Pomn.: Abends 8 Uhr beim Bäckermeister Gabrecht. — **Reichenbach i. W.:** Nach Feierabend im Volkshaus.
Freitag, den 7. November:
Wiesdorf: Abends 7 Uhr beim Gastwirt Dittmar, Kurtaggenstraße. — **Wittenberge:** Abends 8 Uhr beim Gastwirt Bürger, „Zentralhalle“.
Sonnabend, den 8. November:
Bölkz: Abends 7 Uhr im Gasthof von Martin Feh. — **Salsbrunn:** Abends 7½ Uhr bei Herrn Praast, Kornstraße. — **Münster i. W.:** Abends 8 Uhr im Lokal von August Brinckmann, Krummer Timpen 86/87. — **Waren:** Abends im Gasthof „Zur Traube“.
Sonntag, den 9. November:
Samt i. W.: Vorm. 9 Uhr bei Witwe Braun, Feidstraße 81, Gewerkschaftshaus. — **Kempten i. Allgäu:** Vormittags in der „Glocke“. — **Reuß:** Vorm. 10 Uhr bei Jakob Schaidel.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Obershausen. Am 8. Oktober starb in der Klinik in Göttingen an den Folgen einer Operation am Knie unser Kamerad **W. Sander**.
Freiburg i. B. Am 14. September starb unser Kamerad **Christian Dornfeld** (Bezirk Emmendingen) im Alter von 65 Jahren an Lungen- und Bauchfellentzündung. Mit ihm ist ein alter Verbandsveteran von uns geschieden.
Blauen. Am 8. Oktober starb unser Kamerad **R. Grobkronz** im Alter von 45 Jahren an Lungenentzündung.
 Ehre ihrem Andenken!

Zahlstelle Cüstrin.

Am 15. November feiert unsere Zahlstelle ihr **17jähriges Stiftungsfest** im „Goldenen Anker“ bei Stotzcol. Anfang 7 Uhr. Alle Kameraden sind herzlich eingeladen. [2,70 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg und Umgegend.

Achtung! Zimmerlehrlinge! Achtung!

Donnerstag, den 6. November 1924, abends 7½ Uhr:
Versammlung im Gewerkschaftshaus, Jugendheim, Eingang durch den Torweg.
 Tagesordnung:
 1. Berichterstattung von der Jugendkonferenz. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiebenes. [2,40 M.]
 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Lehrlinge notwendig. Der Vorstand.

Aufforderung.

Die fremden Zimmerer **Hermann Kalbitz**, geb. am 27. April 1904 zu Röhleben, und **Max Bieger**, geb. am 6. August 1898 zu Piskowitz, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Zahlstelle Burg b. M. gegenüber nachzukommen. Da ihre Mitgliedsbücher noch in Burg b. M. sind, wollen die Kassierer beim Durchstreifen oder Anmelden dieser Kameraden achtsam sein. Diejenigen Kameraden, die ihren Aufenthalt wissen, werden ersucht, Mitteilung zu machen an **Emil Albrecht**, Kassierer der Zahlstelle Burg b. Magdeburg, Unterm Hagen 50, Stb. [3,60 M.]

Willy Agena, Zimmerer, geboren zu Norden-Lentzen, Dönsburg, Plessingstr. 17. Kameraden, die von seinem Aufenthalt wissen, mögen bitte Nachricht geben. [1,20 M.]

Franz Gaída, Zimmerer, geb. am 2. Dezember 1901 nummer unbekannt, ist vor einem Vierteljahr abgereist, ohne seiner Frau bis heute Nachricht zu geben. Alle Zahlstellen und Kameraden werden gebeten, falls der Genannte zu ermitteln ist, davon sofort den Zahlstellenvorsitzenden in Döpseln in Kenntnis zu setzen. Adresse: Franz Scheithauer, Döpseln, Gartenstr. 6. [2,40 M.]